

Der Politikplan 2006-9 führt auf S. 46 unter Punkt 4.5. "Gesundheit" den Schutz vor Gewalt auf: "... Auch sorgt der Kanton mit geeigneten Massnahmen für ein gesundheitsfreundliches Umfeld. Dazu gehören besonders eine intakte Umwelt, Sicherheit im Strassenverkehr und Schutz vor Gewalt."

Wie aus diversen Studien hervorgeht, sind Frauen und Kinder in stärkerem Masse von Gewalt betroffen, die durch Lebenspartner, Väter und andere nahe Verwandte in den eigenen vier Wänden ausgeübt wird als von Gewalt im öffentlichen Raum. Dank der Kooperation aller involvierten Behörden und privaten Institutionen wird häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder im Kanton Basel-Stadt seit mehreren Jahren dezidiert bekämpft. Seit dem 1. April 2004 gilt häusliche Gewalt als Officialdelikt und wird von Amtes wegen verfolgt. Dem Gesundheitswesen - oft erste Anlaufstelle für gewaltbetroffene Menschen - kommt bei der Früherkennung von häuslicher Gewalt eine sehr wichtige Rolle zu. Eine von der Kriseninterventionsstation der Psychiatrischen Universitätspoliklinik PUP im 2004 durchgeführte Befragung der Patientinnen ergab, dass 70% Erfahrungen mit häuslicher Gewalt haben.

Mit grossem Interesse habe ich dem Info-Bulletin von Halt-Gewalt (September 2005) entnommen, dass 2004 eine Befragung des Personals von fünf Abteilungen des Universitätsspitals (USB) zum Thema "Häusliche Gewalt bei Patientinnen und Patienten des Universitätsspital Basel" durchgeführt wurde. Resultat: Die Sensibilisierung für häusliche Gewalt ist zwar hoch (bei 82% der weiblichen und 84% der männlichen Mitarbeitenden), das befragte Personal wünscht sich aber weitere Massnahmen, z.B. intensive Schulungen und interne Leitlinien, um der Problematik besser entgegenzutreten zu können (84% der Befragten). In der Ausbildung (Medizinstudium und Pflegeausbildung) ist das Thema häusliche Gewalt bisher weitgehend ausgeklammert. Bei 61% aller Antwortenden war häusliche Gewalt weder in der Aus- noch in der Weiter- oder Fortbildung ein Thema. Aus den Antworten zur Befragung geht ausserdem hervor, dass spitalinterne Leitlinien und eine klare Haltung der Spitalleitung zum Umgang mit häuslicher Gewalt weitgehend fehlen und begrüsst würden. Zum Vergleich: das Unispital Genf hat seit einigen Jahren schon ein interdisziplinäres 14-köpfiges Team, das Gewaltopfer behandelt und berät (CIMPV: Consultation interdisciplinaire de médecine et de prévention de la violence).

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass das Universitätsspital Basel bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt eine wichtige Rolle spielt?
2. Stehen im Universitätsspital Basel die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen für die Umsetzung der vom Personal gewünschten und in der Studie vorgeschlagenen Massnahmen zur Verfügung?
3. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um die Sensibilisierung für häusliche Gewalt im Gesundheitswesen insgesamt besser verankern zu können, d.h. sowohl in den Spitälern selbst als auch in der medizinischen Aus-, Weiter- und Fortbildung?
4. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass es für einen angemessenen Umgang mit Opfern von häuslicher Gewalt spitalinterne Leitlinien braucht ?

Claudia Buess